

---

Update

# Absturz vorprogrammiert

Das Anliegen ist berechtigt, die Erfolgchancen aber gleich null. Selbst aus der Friedensbewegung erklingt nun die Forderung: Lasst die Stopp-F-35-Initiative fallen.

Von [Priscilla Imboden](#), 16.08.2022

Mit einiger Verzögerung reicht das Stopp-F-35-Komitee die Initiative gegen den Kampfjet heute Dienstag ein. Die Unterschriftensammlung verlief harziger als erwartet, zog gegen Schluss aber wieder an.

Noch vor kurzem standen die Chancen gut: Nur eine hauchdünne Mehrheit der Bevölkerung hatte im Herbst 2020 den 6 Milliarden Franken für neue Kampfjets zugestimmt. Mit der anschliessenden Wahl des F-35-Kampfjets flog Verteidigungsministerin Viola Amherd eine Hochrisikostrategie, nun wechselten auch [Kampfjetbefürworter ins Nein-Lager](#). Zuversichtlich stiegen also letzten Sommer die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA), SP, Grüne und Friedensorganisationen in den Kampf ein, um die F-35 zu bodigen. Mit einem Kartonkampfjet, [aus dessen Bug Geldnoten regneten](#).

---

## Zur Recherche

Die Beschaffung neuer Militärflieger sollte unaufgeregt und seriös ablaufen, so hatte es der Bundesrat versprochen. Stattdessen: Trickereien, Intransparenz, ein verärgertes Nachbarstaat. [Eine Serie in drei Teilen](#).

Doch dann kam der Krieg. Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat der Initiative den Wind aus den Segeln genommen. Umfragen nach dem Einmarsch [weisen darauf hin](#), dass eine satte Mehrheit der Bevölkerung gegen die Initiative ist. Zwar sind die Erhebungen stets Momentaufnahmen, doch auch die [längerfristig angelegte Sicherheits-Befragung](#) des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) weist darauf hin, dass der Krieg zu einem Umdenken geführt hat. Das sind keine guten Aussichten für die Initiative.

Eine prägende Figur in der Friedensbewegung warnt seit Kriegsbeginn vor einer Niederlage. Peter Sigerist, ehemals Vorstandsmitglied der GSoA, erlebt ein Déjà-vu.

Zu Beginn der Neunzigerjahre, als er mit anderen die Stopp-F/A-18-Initiative startete, sah es ebenfalls gut aus. Ende April 1992 lancierte die GSoA eine Initiative, die ein Moratorium für den Kauf von Kampfflugzeugen forderte. Der Kalte Krieg war vorbei, die Zeiten der waffenstrotzenden Blöcke schienen passé. Der Zuspruch in der Bevölkerung war überwältigend: Die

Menschen standen Schlange, um die Initiative zu unterschreiben. In 30 Tagen sammelten die Initiantinnen mehr als 500'000 Unterschriften, was bis heute einen Rekord darstellt. In einer ersten Umfrage stimmten 75 Prozent der Befragten der Initiative zu.

Doch auch damals kam es zum Krieg. Serbien belagerte Sarajevo und beging Massaker an der bosnischen Bevölkerung. Das zeigte auf erschreckende Art, dass mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion militärische Bedrohungen nicht verschwunden waren, auch nicht in Europa.

Unter dem Eindruck des brutalen Krieges schwanden die Sympathien für die Initiative in der Bevölkerung. Dazu trug bei, dass der damalige Bundesrat Kaspar Villiger das Votum mit einer geschickt inszenierten Kampagne zu einem Ja-oder-Nein-Entscheid über die Armee selbst hochstilisierte. Ergebnis: Am 6. Juni 1993 votieren 57 Prozent der Stimmbevölkerung gegen die Initiative.

«Das war die grösste Enttäuschung in meinem halben Jahrhundert als Politiker», erklärt Peter Sigerist, der für die Grünen im Berner Stadtparlament sass.

Heute sagte er: «Wenn sie die Initiative durchziehen, ist die Niederlage so sicher wie das Amen in der Kirche. Dann startet die Rüstungslobby erst recht durch.» Peter Sigerist richtet deshalb einen überraschenden Rat an seine Nachfolgerinnen und Nachfolger: die Unterschriften gegen den F-35 als Petition einzureichen.

Seine Argumentation: Die Überlegungen, die zur Lancierung der Initiative geführt haben, seien immer noch richtig, aber sie seien kraftlos geworden. Die neue sicherheitspolitische Lage und der Ausgang der russisch-imperialen Aggression sind auf lange Zeit derart ungewiss, dass eine Mehrheit sich mit technischen und finanzpolitischen Argumenten nicht mehr überzeugen lässt.

Das links-grüne Lager würde laut Sigerist seine Energie besser dafür einsetzen, die ukrainische Bevölkerung zu unterstützen. Und in Zeiten des Umbruchs wären Vorschläge in der Sicherheits-, Neutralitäts- und Aussenpolitik gefragt, um basierend auf neuen Konzepten die Armeebudgets zu definieren. Sigerist findet: «Während die Bürgerlichen alle auf die neue Lage mit eigenen neutralitätspolitischen Vorschlägen reagiert haben, ist im grün-roten Lager dazu meist Stillschweigen zu beobachten, weil die Energie auf das Zustandekommen der Volksinitiative fokussiert ist.»

Angesichts der dramatischen Ereignisse ist in der Sicherheitspolitik einiges im Fluss. Als erste Kurzschlussreaktion hat das Parlament entschieden, das Militärbudget massiv aufzustocken, um mehr Waffen kaufen zu können. Es braucht aber auch andere Ideen für eine Sicherheitspolitik im weiteren Sinne, die auch die Friedensförderung umfasst. Diese Diskussion muss angestossen werden. Das könnten linke Parteien tun und dabei die Mitte-Partei und auch kirchliche Kreise ins Boot holen.

Progressive Kräfte sollten aber auch darauf hinweisen, dass die Fixierung auf Kampffjets zu blinden Flecken in der Verteidigungspolitik führt. In modernen Kriegen verlieren Kampfflugzeuge an Bedeutung, während Drohnen eine immer wichtigere Rolle einnehmen. Im Krieg um Berg-Karabach zwischen Armenien und Aserbaidshan war das so, in den jüngsten Konflikten im Nahen Osten ebenso.

Das räumt neu auch das VBS ein. In einem neuen Video zu den Lehren aus dem Russland-Ukraine-Krieg sagt der stellvertretende Chef des Schweizer

Nachrichtendienstes Stefano Trojani: «Eine Erkenntnis, die wir gewonnen haben, ist, dass die Drohnen ein wichtiges Kriegsmittel geworden sind.» Sowohl grosse Kampfdrohnen als auch kleine Drohnen, von Hobbyfliegern gesteuert, spielten im Russland-Ukraine-Krieg eine Rolle.

Was Trojani nicht sagt: Die Schweizer Armee verfügt über praktisch keine Drohnen und ist nicht fähig, einen Drohnenangriff abzuwehren. Insbesondere gegen Angriffe kleiner Drohnen ist die Schweiz wehrlos. Diese Gefahr wird vom VBS weitgehend ausgeblendet, weil es alles auf die Karte Kampfjet setzt.

Währenddessen setzen links-grüne Kreise alles auf die Stopp-F-35-Initiative. Das Initiativkomitee hört dabei nicht auf warnende Stimmen wie jene von Sigerist: «Wir alle wissen, dass eine Petition nicht die gleiche Wirkung hat wie eine Initiative», sagt Anja Gada, Sprecherin der GSoA. Angesichts all der Skandale und Ungereimtheiten rund um den F-35 solle die Bevölkerung das Recht haben, über den Kampfjetkauf abzustimmen.

Auch diese Haltung ist nachvollziehbar. Klug wäre es wohl, einen Kompromiss zu suchen, der es ermöglichen würde, die Initiative zurückzuziehen. Diesen Weg wollten die Mitglieder des Initiativkomitees aber bisher nicht gehen. Ihren Teil zur Blockade beigetragen hat auch Verteidigungsministerin Viola Amherd, indem sie öffentlich dazu aufrief, die Unterschriftensammlung zu stoppen. Solche Diskussionen führt man hinter geschlossenen Türen. Amherd aber legte noch einen drauf und erklärte entgegen früheren Aussagen, sie werde die Kaufverträge für die F-35-Kampfjets noch vor der Abstimmung unterzeichnen.

Viola Amherd habe einen Kompromiss verunmöglicht, sagt die SP-Sicherheitspolitikerin Priska Seiler Graf: «Das ist eine grosse Enttäuschung. Anstatt nach dem sehr knappen Ausgang der letzten Abstimmung auf uns zuzukommen, wie das in so einem Fall erwartet werden darf und bei anderen Abstimmungen auch üblich war, hat sie alles nur abgeblockt.»

Die Positionen sind festgefahren. Auf gegenseitigen Schuldzuweisungen zu beharren, führt nirgendwohin. Es lohnt sich, über den Zwischenruf des Friedensaktivisten Sigerist ernsthaft nachzudenken.